



<https://biz.li/34zs>

# WARN-NOTRUF VON DENEN, DIE HANNOVER (NOCH) SAUBER HALTEN: "INFLATIONS-EBBE IM PORTEMONNAIE"

Veröffentlicht am 06.11.2023 um 11:08 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Ein Problem lässt sich in der Gebäudereinigung nicht mehr wegwischen: In der Stadt und Region Hannover gibt es 385 Betriebe der Gebäudereiniger-Branche. "Wer da arbeitet, hat ein massives Problem - und zwar im Portemonnaie", sagt Stephanie Wlodarski. Die Bezirksvorsitzende der Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG BAU Niedersachsen-Mitte übt heftige Kritik an den Arbeitgebern: "Wenn es darum geht, die Härte der Inflation abzufedern, zeigt die Reinigungsbranche den eigenen Leuten die kalte Schulter. Von Lebensmitteln bis zur Miete - die Preise schießen nach oben. Trotzdem gibt es für die, die Hannover sauber halten, in den meisten Betrieben keinen Euro und keinen Cent extra. Inflationsausgleichsprämie für Reinigungskräfte - Fehlanzeige." Der Vorwurf der IG BAU Niedersachsen-



**Reinigungskräfte sollen mehr Geld erhalten.**

Mitte: "Arbeitgeber in der Gebäudereinigung weigern sich seit Monaten, ihren Beschäftigten in der Inflation finanziell unter die Arme zu greifen", so Stephanie Wlodarski. Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks sei auch nicht zu Gesprächen bereit. Dabei sei die finanzielle Situation der meisten Reinigungskräfte dramatisch: "Bei ihnen herrscht 'Inflations-Ebbe' im Portemonnaie. Hier geht es nämlich um Menschen, die die Inflation mit voller Wucht trifft. Wer in der Gebäudereinigung arbeitet, muss ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen. Denn Reinigungskräfte arbeiten immer noch für einen Niedriglohn", sagt die Vorsitzende der IG BAU Niedersachsen-Mitte. Betroffen davon seien viele: In der Stadt und Region Hannover arbeiten rund 17.170 Menschen in der Reinigungsbranche, so die IG BAU Niedersachsen-Mitte. Die Gebäudereiniger-Gewerkschaft beruft sich dabei auf Zahlen der Arbeitsagentur. "Sie halten Schulen, Büros und Arztpraxen sauber, wischen Flure, saugen Teppichböden und putzen Fenster. Die Frage ist nur: Wie lange noch?", sagt Wlodarski. In der Reinigungsbranche herrsche längst ein "eigenes Inflationsgesetz": "Hohe Inflationsrate - hohe Kündigungsrate. Denn je größer das Loch, das die Inflation in die private Haushaltskasse reißt, desto größer ist der Druck, der Branche den Rücken zu kehren. Es könnten mehr und mehr bei der Bodenwischmaschine den Stecker ziehen - für immer", so die IG BAU-Bezirksvorsitzende. Vollzeitkräfte und vor allem aber auch Mini-Jobber hätten überhaupt kein Problem, woanders unterzukommen: "Die Gastronomie sucht genauso wie der Einzelhandel händeringend Leute", sagt Stephanie Wlodarski. Sie warnt, die Arbeitgeber der Gebäudereinigung spielten "ein gefährliches Spiel": "Sie sind dabei, ihr wichtigstes Kapital zu verpokern: Die Menschen, die für sie eine saubere Arbeit machen." Monat für Monat wachse der finanzielle Druck auf die Beschäftigten der Gebäudereinigung. Auch die vom Statistischen Bundesamt (Destatis) für Oktober erwartete Inflationsrate von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat könne keine Gebäudereinigerin und kein Glasreiniger "einfach so wegstecken". Bei Lebensmitteln seien die Preise "geradezu explodiert". Die Sommerstatistik bezeichnet Wlodarski als "erschreckend": "Ein Preisschub von über 27 Prozent bei Nahrungsmitteln innerhalb von nur zwei Jahren - das schlägt eins zu eins durch. Denn wer in der Gebäudereinigung arbeitet, der hat kein Polster im Portemonnaie." An die heimischen Bundestagsabgeordneten appelliert die IG BAU Niedersachsen-Mitte, den "Warn-Notruf der Gebäudereinigung" mit nach Berlin zu nehmen. "Denn dass es in einer ganzen Branche vor Inflationsausgleichsprämien-Verweigerern nur so wimmelt, ist zum Beispiel auch bei der Strompreisbremse ein wichtiger Punkt. Dann nämlich, wenn es darum geht, dass der Staat auch für das kommende Jahr den Fuß auf der Preisbremse behält. Denn sollte der gedeckelte Preis für Strom - wie geplant -

Ende dieses Jahres auslaufen, dann würde dies gerade die Beschäftigten der Gebäudereinigung unverhältnismäßig hart treffen. Solange sich Arbeitgeber in der Krise so verantwortungslos wie Unternehmer der Gebäudereinigung aus der Affäre ziehen, bleibt nur der Ruf nach staatlicher Hilfe", sagt Stephanie Włodarski.